

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
13 / 2007

Politischer Bericht aus den USA und Kanada

10. Oktober 2007

Von
Stephanie Knoll / Ulf Gartzke
Verbindungsstelle Washington



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Politischer Bericht aus den USA und Kanada

1. Neuer US-Einbürgerungstest

- Zum ersten Mal seit seiner Einführung 1986 wurde jetzt der 100 Fragen umfassende „US-Einbürgerungstest“ modifiziert. So soll in Zukunft mehr Basiswissen über Amerikas Verfassung, Geschichte und Geographie abgefragt werden. Bereits seit Jahren sah sich der alte Test schwerer Kritik von allen Seiten ausgesetzt. In konservativen Kreisen galt er als zu leicht, Einbürgerungsbefürworter hingegen sahen in ihm eine ernste Hürde. Zwar wird der neue Test diesen Streit nicht beenden, aber zumindest die konservativen Kräfte in den USA dürften mit den jüngsten Veränderungen erst einmal zufrieden sein.
- So müssen Einwanderer jetzt nicht mehr wissen, wer „Give me liberty or give me death“ (Patrick Henry) gesagt hat oder wer „The Star-Spangled Banner“ (Francis Scott Key) geschrieben hat. Hingegen sollten sie nun beispielsweise Susan B. Anthony (Pionierin der US-amerikanischen Frauenrechtsbewegung) oder den Sprecher des Abgeordnetenhauses (Demokratin Nancy Pelosi) kennen. Eine der neuen Fragen lautet auch, was am 11. September 2001 geschah. Nicht mehr gefragt wird nach dem 49. und 50. US-Bundesstaat (Alaska und Hawaii), dafür aber nach der Parteizugehörigkeit des aktuellen US-Präsidenten (Republikaner). Es gibt keine Frage zum Weißen Haus, dafür aber zum Standort der Freiheitsstatue. 15 Fragen wurden aufgrund eines Vortests, der bereits mit 6.000 Einwanderern durchgeführt wurde, wieder vom Fragenkatalog gestrichen. Als zu schwierig galt unter anderem die Frage nach dem aktuellen US-weiten Mindestlohn (vor kurzem wurde dieser von den Demokraten im Kongress von US\$5.15 auf US\$7.25 erhöht).
- Mehrere Pro-Einwanderungs-Lobbygruppen, darunter die „Illinois Coalition for Immigrant and Refugee Rights“, übten bereits schwere Kritik an dem neuen Test. So enthielte dieser „viele abstrakte und irrelevante Fragen“. Verschiedene US-Wissenschaftler wie z.B. Gary Gerstle, Professor für Amerikanische Geschichte an der Vanderbilt University, bezeichneten den Test allerdings als angemessen. „Leute, die ihn ernst nehmen, haben eine gute Chance, ihn zu bestehen. Allerdings werde das abgefragte Wissen über amerikanische Geschichte auch das vieler US-Bürger übersteigen, räumt er ein. Der neue Test wurde über sechs Jahre hinweg in Zusammenarbeit mit Historikern, Einwanderungsorganisationen sowie liberalen und konservativen Wissenschaftlern entwickelt. Die Gesamtkosten dieses „re-designs“ beliefen sich auf rund US\$6,5 Millionen. Der neue Test wird ab dem 1. Oktober 2008 eingeführt. Solange sollen Einwanderer und Gemeinden Zeit haben, sich auf die neuen Fragen vorzubereiten.
- Trotz der inhaltlichen Anpassungen bleibt das Test-Verfahren gleich. Von der veröffentlichten Liste mit 100 Fragen werden dem „Bewerber“ zehn Fragen mündlich von einem „immigration officer“ gestellt. Um zu bestehen, müssen sechs der zehn Fragen richtig beantwortet werden. Neben dieser Sozialkundeprüfung muss auch ein Nachweis über mündliche und schriftliche Englischkenntnisse erbracht werden. Durchschnittlich schaffen 84 Prozent der Anwärter den Test beim ersten Mal. Staatsbürger kann werden, wer länger als fünf Jahre aufgrund einer legalen Aufenthaltsgenehmigung in den USA lebt, keine Straftaten begangen hat und einen „good moral character“ besitzt. Die Wartezeit reduziert sich auf drei Jahre, sofern der Einwanderungsaspirant mit einem amerikanischen Staatsbürger verheiratet ist.

- Der neue Test konzentriert sich, wie bisher auch, lediglich auf die legalen Einwanderer; also jene, „die nach den Regeln gespielt haben“, wie es in US-Regierungskreisen heißt. Das wachsende Problem der bereits 12 bis 20 Millionen illegal im Land lebenden Einwanderer wird dadurch aber nicht gelöst.

2. Klimawandel aus amerikanischer und kanadischer Sicht

- Präsident Bushs jüngste Klimakonferenz („Meeting on Energy Security and Climate Change“) am 27. und 28. September 2007 in Washington hat in den US-Medien enorme Beachtung gefunden. George W. Bush hatte die Vertreter der 15 Länder mit dem höchsten Ausstoß von Treibhausgasen – Australien, Brasilien, China, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Südkorea, Mexiko, Russland, Südafrika und Deutschland – sowie die EU zu einem informellen Meinungsaustausch außerhalb des umstrittenen Kyoto-Protokolls eingeladen. Zusammen sind diese Staaten für rund 90 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich.
- Schon im Vorfeld äußerten kritische Stimmen die Befürchtung, dass die Bush-Administration mit ihrer Initiative die UN-Klimaschutzbemühungen untergraben wolle. Präsident Bush hatte zuvor seine Teilnahme am UN-Klimagipfel am 24. September anlässlich der UNO-Generalversammlung in New York abgesagt. Auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, der für Deutschland am Klimagipfel in Washington teilnahm, hatte vor einem amerikanischen Parallel-Prozess und einer geheimen US-Klima-Agenda gewarnt, die mittels einer Gruppe weiterer Staaten den UNO-Verhandlungsprozess behindern könnte.
- Die US-Regierung machte auf der Konferenz in Washington noch einmal deutlich, dass sie freiwillige Lösungen statt verbindlich festgelegte Obergrenzen im Kampf gegen den Klimawandel anstrebe. „Alle Staaten sollten dem Klimawandel so begegnen, wie sie es für sich am geeignetsten halten“, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice in Washington. Präsident Bush unterstrich, dass alle Maßnahmen gegen den Klimawandel in nationaler Verantwortung lägen: „Jedes Land wird seine eigenen Strategien entwerfen.“ Bush betonte erneut, dass der Klimaschutz das weltweite Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigen dürfe und plädierte daher für lange Zielfristen bei der Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen. Nach dem Willen von Bush sollen sich die Staaten mit dem größten Ausstoß von Treibhausgasen bis Sommer 2008 lediglich auf langfristige Absichtserklärungen zur Verringerung klimaschädlicher Emissionen einigen.
- Deutsche Medien und Politiker zeigten sich zufrieden, dass Bush beim Klimaschutz zumindest einen Schritt in die richtige Richtung getan habe. Große Erwartungen habe sowieso niemand gehabt, so der einhellige Tenor. Es sei zwar gut gewesen, dass die Hauptverantwortlichen für den globalen Klimawandel zusammengekommen seien, konkrete Ergebnisse habe es aber erwartungsgemäß nicht gegeben, so Umweltminister Gabriel. US-Medien stellten hingegen viel stärker darauf ab, wie weit Bush noch mit seinen Klimawandel-Ansichten von denen der anderen Länder entfernt sei. Die „International Herald Tribune“ (IHT) schrieb, dass die Konferenz klar belegt habe, wie isoliert die Bush Regierung beim Thema Klimawandel nach wie vor sei und trotzdem keinerlei Bereitschaft zeige, die eigene Position zu überdenken. Laut „Washington Post“ spreche Bush zwar eine andere Sprache als noch vor sieben Jahren, „allerdings sei es eher eine symbolische Kehrtwende. „The president’s talk was more a defense of his record than a specific roadmap for the future.“

- Der Druck auf die Bush-Regierung in der Klima-Debatte hingegen wächst, auch im eigenen Land. Laut einer Studie der Stanford University sehen für die Zukunft 59 Prozent der Amerikaner „global warming“ als sehr ernstes Problem bzw. 20 Prozent als ernstes Problem, sofern nichts dagegen unternommen wird. Nach einer Umfrage in der Newsweek (durchgeführt von der Princeton Survey Research Associates International) erachten 68 Prozent der Amerikaner die Bemühungen der Bush-Regierung zum Klimaschutz als unzureichend. 53 Prozent der Befragten trauen dann auch eher den Demokraten eine Lösung des Problems zu. Den Republikanern vertrauen hier nur 21 Prozent.
- US-Medienkommentatoren machten auch keinen Hehl aus ihrer Annahme, dass die Hoffnungen auf die Nach-Busch-Ära zielen. Die IHT berichtete, dass der deutsche Umweltminister Gabriel zwei Tage damit verbracht habe, den Klimawandel mit den Demokraten im US-Kongress zu diskutieren. Deutsche Medien berichteten weiter von einem geheimen Treffen zwischen chinesischen Regierungsvertretern und Demokratischen Abgeordneten. Ziel des Treffens sei die Auslotung von möglichen Gemeinsamkeiten beim Klimaschutz für die Zeit nach Bush gewesen. Boyden Gray, US-Botschafter bei der Europäischen Union, warnte hingegen in einem „Financial Times“-Kommentar jedoch davor, den Ausgang der Wahl 2008 abzuwarten. Denn dies bedeute dann realistischerweise auch, dass bis 2010 keine ernsthaften Klima-Initiativen der Anfang Januar 2009 ins Amt kommenden neuen Administration (egal ob Demokraten oder Republikaner) zu erwarten seien. „Die Welt kann es sich nicht leisten, so lang zu warten“, so Gray, der damit gleichzeitig die aktuellen Klimaschutz-Bemühungen der Bush-Administration verteidigte.
- Auch in Kanada wurde die Washingtoner Klima-Konferenz mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Umweltminister John Baird, der Ottawa auf der Konferenz in Washington vertreten hat, sieht Kanada als eine Brücke zwischen Europa, das für niedrigere, fest verbindliche Emissionsgrenzen wirbt, und anderen Ländern wie den USA, China und Indien, die keine verbindlichen Verringerungen wollen. Kanada hatte zwar das Kyoto-Protokoll unter der vorherigen Liberalen Regierung von Premierminister Paul Martin unterzeichnet (29. April 1998) und ratifiziert (17. Dezember 2002). Jedoch favorisiert die seit Februar 2006 amtierende konservative Minderheitsregierung von Premierminister Stephen Harper weniger rigorose Zielvorgaben zur Treibhausgas-Reduktion. So sollen negative Folgen für die kanadische Wirtschaft vermieden werden. Derzeit läuft ein von kanadischen Umweltschutzgruppen angestregtes Gerichtsverfahren gegen die Regierung Harper. Der Vorwurf lautet, diese habe gegen ein kanadisches Gesetz zur Umsetzung der Kyoto-Vereinbarung („Kyoto Protocol Implementation Act“) verstoßen, welches die Regierung zur detaillierten Offenlegung ihrer Bemühungen zur Umsetzung der Klimavereinbarungen verpflichtet. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass es Kanada gelingt, bis 2012 sechs Prozent weniger CO2 auszustoßen als 1990. Bereits jetzt liegen die CO2-Emissionen 30 Prozent über diesem Benchmark-Wert. Umweltminister Baird verfolgt daher einen eigenen Umweltplan, welcher die Erfüllung der Kyoto-Reduktionen erst für 2025 vorsieht.

Stephanie Knoll ist z.Z. Research Fellow bei der HSS-Verbindungsstelle Washington.

Ulf Gartzke ist Leiter der HSS-Verbindungsstelle Washington.

+++